

„Es trifft immer die Falschen“

Die Sozialberater des Vereins „Selbsthilfe“ unterstützen Betroffene in Kleve und Goch im Umgang mit den Behörden. Sie beklagen wachsende bürokratische Hürden und eine Reform des Bürgergeldes, die aus ihrer Sicht vor allem Schwächere trifft.

VON SEBASTIAN MARTENS

KLEVE/GOCH Bei ihnen trifft politische Vorstellung auf die Realität: Die Sozialberater des Vereins „Selbsthilfe“ erleben immer wieder die Tücken des Sozialsystems. Deshalb bietet der Verein Einzelberatungen und regelmäßige Sozialtreffs an, um Betroffene nicht allein zu lassen. „Wir wollen ihnen zeigen, dass sie mit ihren Problemen nicht alleine sind“, sagte Herbert Looschelders, Geschäftsführer des Vereins für Sozialberatung, nun im Rahmen eines Pressegesprächs. Während sich der Sozialtreff in Kleve auf einen festen Personenkreis beschränkt, verzeichnet das Format in Goch Zulauf.

Für den Treff und die Beratung in Goch konnte der Verein mit Jutta Seven eine weitere Sozialberaterin gewinnen. Sie ergänzt damit Frank Schagarus, der die Aufgabe bislang alleine auf sich nahm. Die 55 Jahre alte Sozialpädagogin arbeitet hauptberuflich für den Verein „Donum vitae“, der in der Schwangerschaftsberatung aktiv ist. Das Engagement für den Sozialtreff ist rein ehrenamtlicher Natur. „Durch meine berufliche Tätigkeit habe ich viel Erfahrung mit dem Sozialrecht“, sagte Seven. Der Sozialtreff sei eine „Bereicherung für die Stadt“, für den sie sich gerne engagiere.

„Selbsthilfe“ ist Teil des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der als



Jutta Seven, Frank Schagarus und Herbert Looschelders (von links) unterstützen Betroffene in Goch und Kleve im Umgang mit Behörden und Sozialleistungen.

FOTO: NICHOLAS PAWELKE

Dachverband fungiert. „Wir sind nicht von öffentlichen Mitteln abhängig“, sagte Looschelders. Deshalb traue sich der Verein auch, Briefe an die Stadt zu schreiben und für die Betroffenen zu klagen. Frank Schagarus nennt das Wohngeld als Beispiel. Zuerst setze man der Stadt mit einem Schreiben eine Frist zur Bearbeitung. Das sei ein „Warnschuss“, wie Looschelders sagte. Wenn der Antrag nicht im diktierten Zeitraum bearbeitet werde, komme es zu einer Untätigkeitsklage vor Gericht. „Mittlerweile fürchtet die Stadt Goch die Untätigkeitsklagen“, sagte Schagarus.

Ein häufiger Grund für die langen Bearbeitungszeiten sei der Personalmangel in den Verwaltungen.

„Oft reden sich die Städte aber raus mit Umstrukturierungen“, sagte Looschelders. Der Verein kritisiert, dass Betroffene wegen der langsamen Bearbeitung bis zu zehn Monate auf Wohngeld warten müssten. Dabei sei das Wohngeld ein „Teil der Existenz“, sagte Looschelders. Es werde gebraucht für Bildung oder die Gestaltung der Freizeit, betonte Seven.

Die Reform des Bürgergeldes, das heute Grundsicherung heißt, stößt bei „Selbsthilfe“ auf wenig Begeisterung. Besonders die härteren Sanktionen lehnt man ab. „Man muss wissen, dass viele Personen dem Arbeitsmarkt auf den ersten Blick nicht vermittelbar sind“, sagte Looschelders. Seine Faustregel: Ein

Arbeitsloser braucht genauso lange, wieder auf den Arbeitsmarkt zu kommen, wie er arbeitslos war. Die neuen Sanktionen nennt Looschelders „Ausgrenzung“.

Frank Schagarus glaubt, dass nur gewiefte Kenner das System austricksen könnten. „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es immer die Falschen trifft“, sagte er. Sozialpädagoge Looschelders nannte psychisch Kranke als Beispiel, die ohnehin benachteiligt seien. „Wir dürfen die Empfänger nicht unter Generalverdacht stellen“, sagte Jutta Seven. Sie wünscht sich im Hinblick auf die steigenden Mieten eine Anhebung der Regelsätze. Die letzte Anhebung auf nunmehr 563 Euro monatlich wurde 2023 beschlossen

und mit Beginn des Jahres 2024 eingeführt.

„Das ist eine Rolle rückwärts, was jetzt passiert“, sagte Looschelders. Er hält eine Prüfung der Reform auf Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz für notwendig. Die Bürokratie ist ein weiterer Kritikpunkt. Jede neue Regelung mache die Hürden noch höher, sagte Looschelders. Dadurch werde der Bezug von Leistungen noch komplizierter. „Das Bürgergeld hatte nie eine richtige Chance“, sagte Schagarus. „Selbsthilfe“ hofft darauf, dass die Politik im Austausch mit Empfängern bleibt. „Wichtig ist es, die Bedürfnisse der Menschen ernstzunehmen und ihnen auf Augenhöhe zu begegnen“, sagte Looschelders.